

Presseinformation



Julia Klöckner, MdL
Vorsitzende der CDU-Fraktion
im Landtag von Rheinland-Pfalz

Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 2
79. Plenarsitzung, Dienstag, 14. Oktober 2014

Regierungserklärung der Ministerpräsidentin

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

14.10.2014

Regierungserklärung Dreyer Nürburgring

Anrede

I. **Einstieg**

1. Rede der Ministerpräsidentin – eine verpasste Chance

Nach all dem, was in den vergangenen Wochen und Monaten passiert und bekannt geworden ist - nach allem dem darf eine Ministerpräsidentin dieses Landes, die **politisch ernst genommen werden will**, eine solche Rede nicht halten.

Denn diese Rede hatte mit der **Wirklichkeit und der Problemwahrnehmung** durch die Menschen in diesem Lande **nichts zu tun**.

Rheinland-Pfalz und die Rheinland-Pfälzer erwarten von der Landesregierung und namentlich von der Ministerpräsidentin in dieser Situation **Wegweisung und Perspektive**. Politische Wegweisung und Perspektive aber setzen die Fähigkeit zur klaren und **ehrlichen Diagnose** voraus.

Gute Politik beginnt mit dem **Wahrnehmen der Wirklichkeit**.

Und wenn Sie ehrlich sind, Frau Ministerpräsidentin, haben Sie diese Regierungserklärung, die sich automatisch mit den Fehlern der SPD-Landesregierungen hätte beschäftigen müssen, **nicht halten wollen**.

2. Ehrliche Bestandsaufnahme, klare Worte fehlten

Das merkte man Ihnen auch an. Das war **keine souveräne, keine ehrliche Bestandsaufnahme**, sondern der allzu offensichtliche Versuch,

- sich aus allem und jedem **herauszureden**,
- Fehler **anderen zu zuschreiben** und
- sich selbst die **Hände reinzuwaschen**.

Angesichts des Ausmaßes des Fehlverhaltens der SPD-Landesregierung in den Zeiten ihrer Alleinregierung und danach erwarten das Parlament und die Öffentlichkeit zu Recht aber **ein klares Wort der Regierungschefin**.

Was ist der Kern Ihrer Botschaft? **Ein schlappes „Weiter so“**.
Ihre Regierungserklärung: **Eine Ansammlung folgenloser Worte**.

II. Einordnung des Umstandes, dass eine Regierungserklärung angesetzt wurde

1. Verwässerung des Skandals durch Vermischung der Themen

Unter dem Vorwand, dass der Hahn, Nürburgring und Zweibrücken alle von Beihilfeentscheidungen betroffen sind, **vermischen Sie die drei Themenkomplexe**, zu denen Sie schon längst hätten Stellung beziehen können.

Was die Öffentlichkeit aber zurecht erwartet, das bleiben Sie auch heute schuldig, nämlich Stellung zu beziehen zu den **Konsequenzen, die sie aus dem Rechnungshofgutachten ziehen müssen**.

Sie haben seit Erscheinen des Rechnungshofberichts öffentlich geschwiegen:

- Wir haben von Ihnen nichts gehört, als der **Bericht veröffentlicht** wurde.
- Wir haben von Ihnen in der **vergangenen Plenarsitzung** nichts dazu gehört.
- Wir haben von Ihnen auch nichts gehört in den **drei Ausschusssitzungen**.

2. Schweigen der Ministerpräsidentin zur falschen Zeit

Sie haben geschwiegen als das Land auf **politische Führung** und die Bürger darauf gewartet haben, welche **Konsequenzen** die Ministerpräsidentin ziehen will. Konsequenzen aus dem politischen und wirtschaftlichen, vor allem auch finanziellen Fehlverhalten und Scheitern der Regierung Beck. Auch Sie gehörten ihr an.

Und um es deutlich zu sagen: Sie haben sich damit Ihrer **politischen Verantwortung entzogen**.

Stattdessen legten Sie einen anderen Schwerpunkt und hatten stattdessen Zeit, Tulpenzwiebeln für den guten Zweck zu verkaufen¹. Kann man machen, zusätzlich zum **Gestaltungsauftrag** einer Ministerpräsidentin, aber nicht an Stelle davon!

Und heute? Sie versuchen im Parlament vom **eigentlichen Skandal abzulenken**. So, als seien die Probleme **zufällig an Land geschwemmt worden**, weil das Schicksal es nicht gut gemeint hätte.

¹ Vgl. http://www.rlp.de/no_cache/einzelansicht/archive/2014/october/article/-0d457485eb/

III. Für welches Ergebnis trägt die Landesregierung die Verantwortung?

1. Massive Geldvernichtung belastet die Zukunft des Landes

Anrede,

Der **Nürburgring gehört nicht mehr den Bürgern.**

Das **ehemalige Landesvermögen** musste wegen einer SPD-geführten Landesregierung, der Frau Dreyer seit vielen Jahren angehört, verkauft werden.

Landesvermögen und damit Steuerzahlergeld wurde **massiv vernichtet**. Geld, das jetzt und in Zukunft schmerzlich bei den **Kitas und den Schulen** fehlt, **Sie streichen sogar Geld bei den Schwangerenkonfliktberatungen.**

Doch Frau Dreyer will nach wie vor den **Eindruck** zu vermitteln, als seien andere daran schuld gewesen, als hätte die SPD am Ring eine verantwortungsvolle, geordnete Insolvenz moderiert, als hätte Frau Dreyer den Nürburgring gerettet.

Hier wurde von der SPD ein **Flächenbrand** verursacht. Keiner nimmt der SPD hier im Haus mehr ab, dass sie mit dem Streichholz in der Hand glaubwürdig Feuerwehr spielen können.

Unser Land steht heute durch den Nürburgringskandal vor dem Totalverlust von nahezu einer **halben Milliarde Euro**. Sie haben dieses Geld zum Fenster rausgeworfen für ein Projekt, das von Anfang an völlig fehl geplant war, das kein privater Unternehmer mit eigenem Geld finanzieren wollte. Dessen Scheitern haben Sie erst viel zu spät öffentlich eingestanden. **Und für das bis heute kein Mitglied dieser Regierung wenigstens den eigenen Anteil der Verantwortung eingeräumt hat.**

Und das, obwohl - in der Geschichte des Landes einmalig, ein Minister für sei Regierungshandeln erstinstanzlich zu **dreieinhalb Jahren Haft** verurteilt worden ist. Es reicht nicht aus, **kurzzeitig traurige Minen** aufzusetzen, **neue Hoffnungsarien** zu singen, über die **Verantwortlichkeiten aber immer nur in der dritten Person** zu sprechen. Das kennen wir schon von Ihrem Vorgänger, Frau Dreyer.

2. Verantwortung übernehmen heißt Konsequenzen ziehen

Die Bürger fragen sich, was denn in diesem Land noch geschehen muss, dass irgendjemand einmal politische Verantwortung mit Konsequenz übernimmt.

Vier Fragen nach der **Verantwortung der Beteiligten** drängen sich auf:

1. Haben die verantwortlichen Minister **wirtschaftlich und sparsam** im Sinne der gesetzlichen Vorgaben gehandelt?
2. Wie war die Rolle der beteiligten Minister gegenüber den **Gremienmitgliedern** und den jeweiligen Geschäftsführungen?
3. War das Handeln der Verantwortlichen mit den Grundsätzen **solider Haushaltsführung** vereinbar?
4. In welchen **Zeiträumen** haben die verantwortlichen Minister Schäden für das Land verursacht?

Politisch muss sich die Landesregierung **vorwerfen** lassen, dass sie nach dem ersten Scheitern des Nürburgringkonzeptes **nicht den klaren, ehrlichen Schnitt** gemacht hat, den der Landesrechnungshof ihr nahegelegt hat:

„Einfach mal die Karten auf den Tisch legen.“²

Bis heute wird **geleugnet**. Bis heute ist niemand der Beteiligten bereit, die **Verantwortung** für die katastrophalen Fehler zu übernehmen.

Von der Regierungschefin vermissen wir ein **klares Bekenntnis** zu ihrer persönlichen Verantwortung und der ihrer Kabinettsmitglieder. Denn die millionenschwere Fehlinvestition war **mehrfach Thema im Ministerrat** gewesen.

Frau Dreyer, Sie haben doch auch die **Hand zu diesem Projekt gehoben**, oder etwa nicht?

IV. Umgang mit Fehlern

Dass **Regierungen Fehler** machen, muss möglich und erlaubt sein, weil Menschen nie frei von Fehlentscheidungen sind.

Was wir Ihnen vorwerfen, ist aber, WIE Sie mit Ihren Erkenntnissen und den Fehlern umgegangen sind. Ihre **unterentwickelte Kultur, mit Fehlern umzugehen**, hat dazu geführt, dass weitere schwere und teure Fehler gemacht wurden. Sie haben dem Land damit geschadet.

Anrede,

damit fügen Sie dem **Ansehen der Politik schweren Schaden zu**.

Jetzt schaden Sie auch noch dem **Ansehen des unabhängigen Rechnungshofes**.

Dies belegen auch die **Schlagzeilen** der vergangenen Tage:

„Attacke gegen den Rechnungshof“³ oder „SPD-Fraktion gegen Rechnungshof“⁴.

² Innenausschuss am 02.10.2014, vgl. Allgemeine Zeitung, 04.10.2014

Erst vor wenigen Wochen haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, den Präsidenten des Landesrechnungshofes als Ihren **Wirtschaftlichkeitsbeauftragten** präsentiert.

Frau Dreyer, Sie sagten in Ihrer Rede, auf der einen Seite stünde der Rechnungshof, auf der anderen Seite das Wirtschaftsberatungsunternehmen Ernst & Young. Sie **stellen den unabhängigen Rechnungshof auf die gleiche Stufe mit einem Beratungsunternehmen, das von der Landesregierung bestellt und bezahlt worden ist.** Frau Dreyer, wollen Sie dann künftig auch Ihren Wirtschaftlichkeitsbeauftragten extern einkaufen?

Sie lassen es zu, dass Ihre **Minister und Ihre Staatssekretäre den Landesrechnungshof und seinen Präsidenten diskreditieren.**

Der SPD-Fraktionschef unterstellte dem Rechnungshof nicht **sachlich und korrekt mit Zahlen umzugehen.** Die **Speyerer Finanzkontrolleure** kämen nach Ansicht von Herrn Hering zu nicht haltbaren Ergebnissen.

Wenn es nicht so traurig wäre, müsste man Herrn Hering **einen besonderen Sinn für subtilen Humor konstatieren.**

Gewiss sind viele geeignet, um über Haltbarkeit, Sachlichkeit und korrekte Zahlen zu philosophieren. **Aber wenn es einer nicht ist, dann Hr. Hering,** dessen Versprechen, sein Zukunftskonzept sei der Durchbruch, kein Steuerzahler-Euro müsse drauf gelegt werden – **dessen Versprechen hatte eine kürzere Haltbarkeit als Frischmilch im Sommer.**

Sie machen heute dieselben Fehler wie 2009. Sie verfallen in das gleiche Muster:

- **Fakten** leugnen und **Geschichte** umschreiben,
- **Schuldige** suchen,
- Kritiker als **Schlechtredner** abtun und
- **Hoffnungs-Parolen** ausgeben.

V. **Kernergebnisse Landesrechnungshof und bisheriger Ausschusssitzungen**

Der Landesrechnungshof, ein unabhängiges Gremium, hat der Landesregierung ein **Zeugnis kolossaler Unfähigkeit** ausgestellt:

- Risiken wurden **nicht ausreichend geprüft,**
- Verhandlungen **nicht dokumentiert,**
- Warnzeichen **konsequent ignoriert.**

³ Allgemeine Zeitung, 9.10.2014

⁴ SWR online, 09.10.2014

Zudem wurde EU-Recht **systematisch umgangen**.

Hier zeigt sich die Selbstverwirklichung der organisierten Inkompetenz.

Und es tritt immer deutlicher hervor, dass dieser Skandal, dieses zweite Scheitern des Nürburgringkonzeptes, nur möglich war, weil über Jahre hinweg ein **ganzer Regierungsapparat bewusst und gewollt zusammengewirkt hat** – unter Einbindung einer größtenteils landeseigenen Gesellschaft und der Förderbank des Landes.

- Herr Hering,
- Herr Dr. Kühl,
- Herr Schweitzer,
- Herr Lewentz und
- Herr Prof. Barbaro für die Regierung,
- Herr Hoch und Herr Guth für die damalige Fraktion im Untersuchungsausschuss

Jeder war beteiligt. Wenn nur einer zwischendrin gesagt hätte „halt, stopp, das mache ich nicht mit, das können wir so nicht machen“ – dann wäre diese **Neuaufgabe eines bereits gescheiterten Projektes doch gar nicht möglich gewesen!**

1. Tragende Rolle: Hering

Eine tragende Rolle spielten beispielsweise Sie, **Herr Hering**. Sie haben sich nach dem Rücktritt Prof. Deubels in die Rolle eines **GmbH-Geschäftsführers** aufgeschwungen. Aber Sie haben kein wirkliches Sanierungskonzept mit harten, aber notwendigen Entscheidungen vorgelegt. Stattdessen wurden **Planzahlen geschönt** und bei den Menschen falsche Hoffnungen geweckt.

Es ist schäbig, menschlich nicht anständig, dass Sie, Herr Hering, heute die **Verantwortung auf einen damals leitenden Beamten abschieben** - um sich selbst zu retten.⁵

((Was aber sagt der frühere **Abteilungsleiter** dazu? Im Untersuchungsausschuss sagte er aus: „Also es ist so, dass das sehr komplexe Verhandlungen waren und dass man einfach gedacht hat, (...), dass das im Ministerium besser aufgehoben ist als bei der Nürburgring GmbH.“⁶

⁵ So in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 09.09.2014

⁶ So in der Sitzung des Untersuchungsausschusses am 16.02.2010

Und der **Zentralabteilungsleiter** sagt: „Also der Minister wurde kontinuierlich unterrichtet (...). Und der Minister war schon naturgemäß in die Verhandlungen eingebunden.“⁷⁾)

Wie Sie persönlich die Sache durch den **Aufsichtsrat der Nürburgring-GmbH gepeitscht** haben, Herr Hering, das war in höchstem Maße zwielichtig! Keinen einzigen Vertrag haben Sie vor der Unterzeichnung vorgelegt!

Und dann versuchen Sie noch, **sich auf Kosten dieser Menschen zu entlasten**. Sie sagen: Die Landesregierung habe die Berater von Ernst & Young ja gar nicht beauftragt - das war der Aufsichtsrat. Die Regierung habe den Beratern auch keine Zahlen gegeben⁸.

Damals – vor der Wahl – hörte sich das ganz anders an. Da sagten Sie im Wirtschaftsausschuss, es war im Dezember 2009:

„(...) Es gibt den Auftrag des Aufsichtsrates, der insbesondere untersucht, was sind für Fehler gemacht worden, und den Auftrag der Landesregierung, was Zukunftskonzept ist.“⁹

Und sie sagten:

„ (...) , dass wir Ernst & Young (...) die Frage gestellt haben, anhand der Daten, die wir ihnen gegeben haben, das zu plausibilisieren.“¹⁰

Und Sie legen immer Wert darauf, dass Herr Richter der Partner von Herrn Lindner war, nicht der des Landes. Und dass Herr Richter nun einmal eine wichtige Rolle am Ring hatte. Aber, Herr Hering, dann frage ich Sie: Was hat Sie dazu gezwungen, einen Vertrag abzuschließen, der das Land schwer benachteiligt hat?
Wollen Sie damit sagen, dass Sie erpresst worden sind?

Herr Hering, was bedeutet für Sie eigentlich das Wort „Verantwortung“? Wenn Sie das nicht beantworten können oder wollen, dann muss es die Ministerpräsidentin tun.

⁷ So in der Sitzung des Untersuchungsausschusses am 16.02.2010

⁸ H. Hering in der Plenarsitzung am 24.09.2014: *„Der neue Aufsichtsrat hat Ernst & Young beauftragt, eine Analyse des Ist-Zustandes vorzunehmen und einen Vorschlag zu erarbeiten, wie der Nürburgring neu geordnet und weitergeführt werden kann.“ (...)* „Tatsache ist (...), Ernst & Young wurden von der Landesregierung keine Unterlagen zur Verfügung gestellt. Der Aufsichtsrat, der den Auftrag gegeben hat, hat bewusst gesagt: *Es ist Aufgabe der großen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, sich in den Firmen selbst alle Unterlagen zu beschaffen, damit sie mit ihrem Fachwissen auch wissen, welche Unterlagen benötigt werden. Es wurden ihnen keine Unterlagen und Zahlen zur Verfügung gestellt. Nur zur Klarstellung: Sie haben das schon häufiger falsch behauptet.*“

⁹ Protokoll Ausschuss Wirtschaft und Verkehr 15/36 vom 3.12.2009, S. 18

¹⁰ Protokoll Ausschuss Wirtschaft und Verkehr 15/36 vom 3.12.2009, S. 22

2. Tragende Rolle: Kühl

Zu Ihnen, Herr Minister **Dr. Kühl**: Sie waren bereits am Projekt „Nürburgring 2009“ beteiligt.

- Sie waren **Wirtschaftsstaatssekretär**.
- Sie waren im Aufsichtsrat der **Nürburgring GmbH**.
- Und Sie saßen im Aufsichtsrat der **Förderbank**.

In seinem **ersten Nürburgringbericht aus der Jahr 2010** hatte der Landesrechnungshof Ihnen bereits vorgehalten, was Ihre Aufgabe als Aufsichtsratsmitglied der Nürburgring GmbH gewesen wäre.

Zeitgleich waren Sie bereits dabei gemeinsam mit Ihrem Kollegen Hering das Zukunftskonzept zu entwickeln.

Das erinnert an Bertold Brechts „Geschichten von Herrn Keuner“: *„Woran arbeiten Sie?“, wurde Herr K. gefragt. Herr K. antwortete: ‚Ich habe viel Mühe, ich bereite meinen nächsten Irrtum vor.‘*

Herr **Kühl**, erklären Sie uns auch folgenden **gravierenden Widerspruch**:

Wenn Sie 2010 **keine rechtsverbindlichen Verpflichtungen** zur Deckung der Unterfinanzierung des Projektes aus dem Haushalt gegeben haben, dann war die vollständige Finanzierung für das Zukunftskonzept nicht gegeben.

Dann hätte die ISB, die Förderbank des Landes, den Millionenkredit nicht gewähren dürfen. Und dann hätte geprüft und entschieden werden müssen, ob die Nürburgring GmbH Insolvenz anmeldet.

Wenn Sie aber **doch** eine rechtsverbindliche Zusage gegeben haben, dann haben Sie **gegen Haushaltsrecht und Verfassungsrecht** verstoßen!

Herr Dr: Kühl, was bedeutet für Sie eigentlich das Wort „Verantwortung“? Wenn Sie das nicht beantworten können oder wollen, dann muss es die Ministerpräsidentin tun.

Und Ihr Staatssekretär, Herr **Prof. Barbaro**: Auch er war an dem Gesamtkomplex maßgeblich beteiligt. Er war bereits im Sommer 2010 in die ISB-Finanzierung eingebunden. Damals als Finanzstaatssekretär noch in Lauerstellung.

Staatssekretär Barbaro war dann weiterhin beteiligt als **Finanzstaatssekretär und als Aufsichtsratsvorsitzender der Förderbank des Landes**. Und heute trägt die Stellungnahme des Landes an den Rechnungshof seine Unterschrift.

Und Prof. Barbaro tut sich in besonderer Weise hervor, wenn es darum geht, in den Sitzungen der Fachausschüsse den **Rechnungshof zu attackieren und die Reputation des Rechnungshofes und seines Präsidenten anzugreifen**. Damit steht er in der Tradition eines anderen Professors, dessen wilde Attacken gegen jeden, der an seinem Konzept zu zweifeln wagte, unrühmliche Bekanntheit erlangten.

Herr Minister Schweitzer, Sie sind noch nicht **einmal** persönlich im Ausschuss erschienen. Stattdessen haben Sie über den **Fraktionsvorsitzenden Hering** erklären lassen, Sie seien als damaliger Staatssekretär mit dem Nürburgring kaum befasst gewesen¹¹.

Wie sah es denn in Ihrer **Funktion als Vizechef des ISB-Aufsichtsrates** aus? Wie konkret waren Sie als Staatssekretär im Wirtschaftsministerium in die Vorbereitung der jeweiligen Beschlüsse und Entscheidungen eingebunden? Wir erwarten, dass Sie sich hierzu im **November im Rechtsausschuss** erklären. Auch Sie werden die Frage beantworten müssen, wie mit den Gremienmitgliedern der ISB umgegangen wurde.

3. Tragende Rolle: Lewentz

Herr Minister **Lewentz**, Sie sind seit 2011 zuständiger Ressortminister. Im Innenausschuss haben Sie ausgeführt: *„Ich habe den Vertrag mehrfach gelesen. Ich finde ihn aus der Sicht des Landes einen guten Vertrag.“*¹²

Die Verhandlungen mit der EU-Kommission haben zu dem Ergebnis geführt, dass fast eine halbe Milliarde Euro an Beihilfen illegal gezahlt wurden. **Diese Verhandlungen, Herr Lewentz, tragen Ihre Handschrift.**

Sie haben es auch zu verantworten, dass die Nürburgring GmbH weder für 2010 noch für 2011 einen **testierten Jahresabschluss** vorgelegt hat. Das hatte wohl seinen Grund. Auch, dass das bisher in keinem der drei Ausschüsse, in denen der Rechnungshofbericht behandelt wurde, beantwortet werden konnte oder sollte.

Bereits als damaliger Innenstaatssekretär haben Sie die Erfahrung gemacht, dass kein seriöser privater Investor bereit war, eigenes Geld in das Projekt „Nürburgring 2009“ zu stecken. **Bei Ihnen liefen die polizeilichen Recherchen zu Geschäfts-**

¹¹ Wirtschaftsausschuss am 09.09.2014, s. auch Rheinpfalz vom 10.10.2014

partnern und Finanzierungsmodellen zusammen. Hat Sie das nicht stutzig gemacht als Ihr Kollege Hering mit altem Konzept ohne Finanzierungsprobleme plötzlich um die Ecke kam.

Herr Lewentz, was bedeutet für Sie eigentlich das Wort „Verantwortung“? Wenn Sie das nicht beantworten können oder wollen, dann muss es die Ministerpräsidentin tun.

4. Ein ganzes Netzwerk hat zusammengearbeitet: System SPD

Alle hatten zu vielen Zeitpunkten die Möglichkeit, nachzufragen, Korrekturen vorzunehmen, die Reißleine zu ziehen. Sie alle sind weit tiefer verstrickt, als Sie uns glauben machen wollen!

Jeder von Ihnen trägt persönliche und politische Verantwortung für das Scheitern am Nürburgring.

In den Fällen von Herrn Hering, Hr. Minister Dr. Kühl und Herrn Minister Lewentz liegen nach den ersten drei Ausschusssitzungen die Verfehlungen so klar auf dem Tisch, dass nur ein einziger Schluss übrig bleibt: **Sie sind alle in ihren gegenwärtigen Spitzenämtern nicht mehr tragbar.**

Dass Sie, Frau **Ministerpräsidentin**, sich nicht zu dieser Erkenntnis durchringen können, bestätigt das Bild, das die Öffentlichkeit inzwischen von Ihnen zunehmend gewinnt. Vielleicht aber heißt es, dass auch Sie **Teil des System SPD in Rheinland-Pfalz sind.**

Und auch die Argumentationsmuster der SPD-Fraktion sind noch immer dieselben: **die Opposition zu diffamieren.** Als CDU und FDP im Untersuchungsausschuss den Antrag zur Untersuchung des Zukunftskonzepts gestellt haben, da hat **Herr Hoch Folgendes geäußert:**

„(...) Hendrik Hering hat am Nürburgring lange und gut verhandelt und hat ihn wieder vom Kopf auf die Füße gestellt. Es gilt besonderer Dank für den neuen Stil der Transparenz und Offenheit in dieser Frage.“¹³

Zur **Belohnung für diese Durchhalteparolen** holte ihn Frau Dreyer in ihre Staatskanzlei.

¹² Sitzung vom 03.11.2011

¹³ Plenarprotokoll15/97 , S. 5776

((Ähnlich verhielt es sich mit den Parolen und Reflexen des heutigen Generalsekretärs der SPD, Herr **Guth**. Zu ihm möchte ich gerne die „Rheinpfalz“ zitieren: *„Ein simpel gestricktes Freund-Feind-Schema, zu dessen Dramaturgie gehört, bei kritischen Fragen der Opposition die Augen zu rollen und mit Gestik, Mimik und Zwischenrufen deutlich zu machen, dass man die Fragen nicht mehr hören könne. Diese spezielle Rolle spielte Jens Guth im Nürburgring-Untersuchungsausschuss. Inhaltlich trat er sich dagegen nicht hervor. Guth ist heute SPD-Generalsekretär.“*¹⁴))

Ich fasse zusammen:

- Herr Minister **Lewentz** hat erklärt, sein Ministerium habe sich bis 2011 nicht wesentlich mit dem Konzept befasst¹⁵.
- Herr Minister **Dr. Kühl** sagt, es sei nicht seine Aufgabe gewesen, ein Konzept zu entwickeln¹⁶.
- Herr **Hering** schiebt die Verantwortung auf Berater und Abteilungsleiter und spricht auch heute noch von einem „guten Vertrag“¹⁷.
- Herr Minister **Schweitzer** spricht bislang gar nicht.
- Herr **Prof. Barbaro** scheint die Chance zu wittern, seinen Minister zu verdrängen und sich mit besonders markigen Angriffen und mit der politischen Rückendeckung der Ministerpräsidentin gegen den Rechnungshof zu profilieren.

Die Bürger fragen sich, warum bis auf Prof. Deubel, der zurücktreten musste, alle anderen Beteiligten bisher ungeschoren davon gekommen sind! Das fragen wir uns auch.

Anrede,

wir haben die gleichen **Argumentationsmuster** gehört wie früher. Jeder hat sich verteidigt. Jeder versteckt sich hinter jemand anderem. Keiner hat sich entschuldigt. Keiner hat wenigstens seinen Teil der Verantwortung eingeräumt. Auch Sie nicht, Frau Ministerpräsidentin.

Einzig Herr Minister Dr. Kühl hat in der September-Plenarsitzung aus Versehen einen **Hauch von Ehrlichkeit** erkennen lassen, als er sagte:

*„Hätte ich sagen sollen (...) aufgrund einer, ja ich weiß nicht, vielleicht ängstlichen politischen Haltung machen wir das nicht; weil - das war mir allerdings auch schon im Jahr 2010 klar – mit dem Projekt Nürburgring in Rheinland-Pfalz niemand mehr Lorbeeren verdienen kann.“*¹⁸

¹⁴ Rheinpfalz vom 28.09.2014

¹⁵ Innenausschuss am 02.10.2014

¹⁶ Haushalts- und Finanzausschuss am 02.10.2014

¹⁷ Wirtschaftsausschuss am 09.09.2014

¹⁸ Videomitschnitt der 77. Plenarsitzung am 24. September 2014, abzurufen unter „Archiv Plenum Live“ auf der Homepage des Landtags, bei 2:23:28

Und da hat nicht eine einzelne Person eine singuläre Fehlentscheidung getroffen. Nein! **Eine Vielzahl von Personen hat hier zusammengewirkt.** Und jede einzelne für sich hat sich in ihrem politischen Verantwortungsbereich jeweils ganz individuell gegen die Wirklichkeit und für die raffinierte Irreführung entschieden.

5. Es ging nicht um den Ring, es ging ums SPD-Überleben

Frau Ministerpräsidentin, das sind alles Vertraute in Ihrer engstem Umgebung – und Sie sprechen von neuem Stil und neuer Transparenz? Der Skandal ist **längst auch bei Ihnen angekommen, Frau Ministerpräsidentin.**

Es wird immer klarer wie Verantwortliche der damaligen Landesregierung zusammengewirkt haben. **Es ging den handelnden Personen nicht um den Nürburgring.** Und schon gar nicht um die Menschen.

Es ging um das politische Überleben bei der **anstehenden Landtagswahl 2011.**

Frau Ministerpräsidentin, sind Sie wirklich der Meinung, dass Ihre engen Vertrauten sich **moralisch noch halten lassen in ihren Funktionen?**

Sind Sie wirklich der Meinung, dass das **Zocken der Landesregierung** mit Steuergeld moralisch ein besseres Zocken war als das der Banker, das Sie empört an anderer Stelle gerne kritisieren?

In beiden Fällen ist Geld von Bürgern weg. Mit einem Unterschied: Viele der Zocker-Banker mussten zurecht ihren Stuhl räumen. Aber die **Zocker-Politiker der SPD in Rheinland-Pfalz, die kleben auf ihren Stühlen und sind sich keiner Schuld bewusst.**

Einzig Herr **Hartloff** scheint – nach jetzigem Kenntnisstand – keine aktive Rolle gespielt zu haben. Er saß als damaliger Fraktionsvorsitzender nur dabei. Herr Hartloff, dass Sie einmal zur Zukunftshoffnung für die SPD in Rheinland-Pfalz werden – das hätten wahrscheinlich nicht einmal Sie selbst sich träumen lassen!

VI. Rolle der Grünen

Und welche Rolle nehmen eigentlich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen ein?

Ich bin dankbar, dass **Frau Lemke** ihre früheren Äußerungen nicht zurückgenommen hat und dass sie auch den Rechnungshofbericht nicht in Frage stellt.

Bei anderen Grünen gibt es, was die klare Positionierung gegenüber ihrem Koalitionspartner in der Nürburgringpolitik angeht, **noch viel Luft nach oben.**

Herr **Köbler**, Sie müssen aufpassen, dass Sie nicht selbst Teil des „System SPD“ und der Vertuschungsbeihilfe werden.

Wie lange tragen die Grünen das ganze SPD-Manöver noch mit?

VII. Position der CDU

Mit der CDU hätte es das Nürburgring Projekt in dieser Form, ohne Privatfinanzierung, nie gegeben.

Die CDU steht für strukturpolitische Maßnahmen **mit Augenmaß**, wie damals beim Ausbau der Formel 1-Strecke zu Beginn der 80er Jahre. Diese Maßnahme **diente dem Rennsport**. Und hier liegen die **Stärken des Nürburgrings**.

Nur mit dem Rennsport hat er **Weltruhm** erlangt.

Nur mit dem **Rennsport ist der Mythos** entstanden.

Mit der **Verlagerung und dem Abstieg auf Freizeitparkniveau** wurde der Ruf der weltweit bekannten Rennstrecke dauerhaft aufs Spiel gesetzt.

Was Sie von der SPD der Region, den Mitarbeitern in der Eifel zugemutet haben und weiterhin zumuten, das hat keiner verdient!

Das hätte es mit der CDU nicht gegeben.

Wir setzen die **Schwerpunkte anders** – und das nicht nur am Nürburgring.

Der sorgfältige Umgang mit Steuergeldern setzt für uns voraus, dass **gründlich geprüft wird**,

- ob diese zu einem **nachhaltigen Nutzen für die Region** führen,
- ob es zu einer **dauerhaften Stärkung der Wirtschaftsstruktur** kommt,
- ob öffentliche **Investitionen private Investitionen** nach sich ziehen und
- ob sie **rechtlich einwandfrei** realisiert werden können.

Sinnvoll aus Sicht der CDU ist eine **Stärkung des automobilaffinen Gewerbes vor Ort**. Der Nürburgring ist traditionell nicht nur eine Rennstrecke, sondern für die deutsche **Autoindustrie als Teststrecke** von außerordentlicher Bedeutung.

Warum ist das Geld nicht **besser in diese Maßnahmen** geflossen, ein Bruchteil hätte gereicht und bis heute genützt. Anders als riesige Verkaufsflächen in der dünnbesiedelten Eifel.

Deshalb haben wir in der CDU in den vergangenen Jahren immer wieder betont:

- **Wir stehen zum Ring,**
- **wir stehen für eine nachhaltige Entwicklung der örtlichen Infrastruktur,**
- **wir stehen für eine Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur.**

Ähnliches gilt im Übrigen für den **Flughafen Hahn**. Uns geht es um ein **tragfähiges Geschäftsmodell**. Auch hier müssen die Anstrengungen verstärkt auf die Ansiedlung von **flugaffinem und modernem technischem Gewerbe** gelegt werden, um die vorhandenen Kostenstrukturen zu verbessern und um den Einsatz öffentlicher Mittel reduzieren zu können.

Es geht um eine wirtschaftliche Nutzung der Flächen. Und es muss endlich – nach dem gravierenden Fehler der Landesregierung mit dem Ausstieg der Fraport – wieder mit **privaten Partnern** gearbeitet werden.

Private aus der Flugverkehrsbranche verstehen mehr vom Fliegen als der Staat.

Und **Zweibrücken**? Ihr Einsatz, Frau Ministerpräsidentin, für den Flughafen war nicht glaubwürdig. Herr Lewentz hielt es noch nicht einmal für nötig, die **Unterschriften** nach Brüssel zu überbringen. Wenn das schon nicht klappte, dann setzen Sie sich wenigstens für einen modernen, vierspurigen Ausbau der B10 zur besseren Entwicklung der Westpfalz ein. Und: Die am Flughafen Zweibrücken liegenden Firmen brauchen Investitionssicherheit.

VIII. Bewertung und Konsequenzen

Frau Ministerpräsidentin, unter Ihrem Vorgänger war Kritik von außen zum Ende seiner Amtszeit nicht mehr erwünscht. Heute müssen wir feststellen: **Wenn inhaltliche Kritik von außen kommt, dann sieht die SPD das inzwischen als feindlichen Angriff.**

1. Einsicht und Demut fehlen

Der Umgang mit der Opposition wird bestenfalls als **lästige Pflicht empfunden**. **Fehler** werden nicht mehr aufgearbeitet, sondern **negiert**. Oder damit gerechtfertigt, dass die zugrundeliegende Absicht doch eine gute war. Oder, dass andere Schuld haben:

- die **Berater,**
- die **EU-Kommission,**
- die **Weltwirtschaftskrise,**

- die **Opposition**,
- die **Insolvenzverwalter**.
- Immer die anderen.

Frau Ministerpräsidentin, **Sie verletzen Ihre Amtspflichten**, namentlich Ihren Amtseid, wenn Sie es weiterhin zulassen und sogar daran mitwirken,

- dass **unabhängige Kontrollorgane** nicht mehr ernst genommen, sondern öffentlich diskreditiert werden,
- dass Ihre Regierung und auch Sie persönlich bisher kein einziges Wort dazu sagen, wie das Land angesichts des **hohen finanziellen Schadens**, den Sie als Mitglied des früheren Kabinetts Beck mit zu verantworten haben, seine finanziellen Handlungsfähigkeit wieder gewinnen soll,
- dass von den noch im Amt befindlichen Personen **keine Verantwortung** übernommen wird,
- dass das **Vertrauen** in die Regierung und das Ansehen der Politik weiterhin stark beschädigt werden.

Ihre Pflicht als Regierungschefin und die Pflicht der Mitglieder Ihrer Landesregierung ist es, an der weiteren **parlamentarischen Aufarbeitung** dieses politischen Fehlverhaltens uneingeschränkt mitzuwirken.

Diese Forderung geht auch an die **SPD-Fraktion** und an Teile der **Grünen-Fraktion**.

Zu keiner Zeit war parlamentarische Kontrolle in diesem Land notwendiger als heute:

- **500 Millionen**, eine halbe Milliarde Euro, Geld der rheinland-pfälzischen Bürger - weg.
- Ein **Rechnungshofbericht**, der für Sie verheerend ist.
- **Widerrechtliche Beihilfen**.
- **Falsche Zahlen** und **Missmanagement**.
- **Irreführung** des Parlaments, der Öffentlichkeit, der Medien – jahrelang.
- Der Versuch, die Aufklärung im Nürburgring-**Untersuchungsausschuss** nach Kräften zu behindern.
- **Wählertäuschung** bei der Landtagswahl 2011.

Frau Ministerpräsidentin, was muss eigentlich noch passieren, damit Sie Ihrer politischen Verantwortung gerecht werden und die verantwortlichen Minister zurückziehen?

Welche **Maßstäbe** gelten eigentlich für Sie?

Was müsste in Ihren Augen geschehen, dass wegen eines Fehlverhaltens Rücktritte von Ministern unausweichlich sind?

Der Chefredakteur der Rheinzeitung, Christian Lindner, schrieb in einem Leitartikel: „*Bleibt das Ring-Versagen ohne harte Folgen, brechen Dämme*“¹⁹.

Den Rückzug Ihrer Vertrauten, Frau Dreyer, ist eine Notwendigkeit. Wenn Sie unserer Forderung nicht entsprechen, ändert das nichts an der Richtigkeit unserer Forderung, sondern sagt etwas über Ihre **Mutlosigkeit** aus.

Frau Dreyer, warum halten Sie sich eigentlich **nicht an Ihre eigenen Empfehlungen**, die Sie anderen geben? Ich erinnere an ein Zitat von Ihnen aus dem März diesen Jahres, als es um Fehlentscheidungen am Hahn ging, da sagten Sie über Mitarbeiter:

„Wer nicht sauber gearbeitet hat am Hahn, der hat auch keine Zukunft am Hahn.“

Das sollte dann aber auch für die Politik, die SPD-Politiker gelten – in Zweibrücken, am Hahn, am Nürburgring!

Wie können Sie, wie können die SPD und die Grünen in Zukunft überhaupt noch **Fehlverhalten anderer glaubwürdig kritisieren**? Wenn politisches Fehlverhalten bei Ihnen Selbst ohne Konsequenzen, ohne Folgen bleibt?

Glauben Sie, mit Aussitzen sei alles vergessen?

Politische Verantwortung und politische Haftung müssen zwei Seiten einer Medaille sein. Nur so lässt sich der Vertrauensvorschuss bei Wahlen rechtfertigen.

Mit einer solchen Bürde kann man nicht länger glaubhaft Politik machen!

Vor diesem Hintergrund, Frau Ministerpräsidentin, ist Ihre Regierungserklärung **nur eine weitere Fortsetzung des Herumlavierens**, das wir seit Jahren kennen.

¹⁹ Rhein-Zeitung 24.09.2014

2. Zeit der Zäsur ist gekommen – Neuwahlen als glaubwürdiger Weg

Merken Sie nicht, dass dringend eine Zäsur her muss? Ein Neuanfang in der rheinland-pfälzischen Landespolitik? Die Landesregierung braucht neue Entscheidungsstrukturen, die ein solches Desaster wie am Nürburgring in Zukunft verhindern. Dazu sind neue Entscheidungsträger notwendig.

Anrede,

Der Wahlsieg der SPD bei der Landtagswahl 2011 ist **teuer erkauf**t worden:

Sie waren **nicht ehrlich**. Das sieht heute jeder.

Bereits vor der vergangenen Landtagswahl hatten Sie einen **Wissensvorsprung** und wussten um das dramatische Ausmaß am Ring. Ihren damaligen Wissensvorsprung haben Sie jedoch nicht zum Wohle des Landes genutzt und dem Steuerzahler weitere Verluste erspart, sondern Sie haben Ihr **Wissen zum Wohle Ihrer Machterhaltung eingesetzt, um über die Wahl zu kommen**.

Hier geht es deshalb um Glaubwürdigkeit, um politische Hygiene und Anstand.

Sie haben die Menschen, die Sie gewählt haben, etwas anderes glauben lassen!

Die Kraft hat bei Ihnen gerade noch bis zum Wahlabend gereicht.

Dieses persönliche Ziel stand höher als die Landesinteressen.

Das Ergebnis dieser groß angelegten Täuschung war: Mit nur **8.000 Stimmen** Vorsprung – das sind gerade einmal **0,5 Prozent der Wählerstimmen** - **retteten Sie sich ans Ziel**.

Es stellt sich hier klar die Fragen, ob Sie, Frau Dreyer, Ministerpräsidentin geworden wären, wenn vor der Wahl die Karten offen auf den Tisch gelegt hätten!

Es gibt nur einen Weg, diesen Mangel an Legitimation zu beheben: Und das sind Neuwahlen.

Wenn Sie mutig wären, dann würden Sie sich dem vorzeitigen Votum der Bürger stellen. Frau Ministerpräsidentin, geben Sie dem Land ein Stück Ehrlichkeit zurück und machen Sie den Weg frei für Neuwahlen.